

Laibacher Zeitung.



Nr. 243.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 23. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1865.

Amtslicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben an den Kabinettsdirektor Hofrath Franz Thiel nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Hofrath Thiel! Indem Ich Ihrer Bitte um Befreiung in den Ruhestand willfahre, verleihe Ich Ihnen als Merkmal Meiner vollsten Zufriedenheit und Anerkennung Ihrer durch mehr als fünfzig Jahre mit Treue und Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste das Ritterkreuz Meines St. Stephan-Ordens mit Nachsicht der Taxen.

Schönbrunn, am 18. Oktober 1865.

Franz Joseph m. p.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Oktober d. J. den Konzeptspraktikanten der niederösterreichischen Statthalterei Franz Freiherrn v. Krauß zum Statthalterkonzipisten extra statum allergnädigt zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat den evangelischen Pfarrer angsburgischer Konfession zu Cäcov in Ungarn Lic. theol. Johann Borbis zum Religionslehrer am I. I. evangelischen Gymnasium in Teschen ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 23. Oktober.

Die „Br. Abdpst.“ schreibt zum 20. Oktober: „Den Völkern Oesterreichs ziemt es heute, Einkehr zu halten in ihr inneres Leben. Die fünfte Jahreswende ist über das Ereigniß hingegangen, das sich an den heutigen Tag knüpft, und das, wie immer auch die bleibenden Formen der staatlichen Gestaltung Oesterreichs sein mögen, der Ausgangspunkt seiner modernen Entwicklung, die Quelle seines verfassungsmäßigen Lebens bleiben wird für alle Zeit. Fünf Jahre harter staatlicher Arbeit, schweren geistigen Ringens und Kampfs liegen hinter uns; auf mehr als einer Bahn, die mit frischer Kraft betreten wurde, mußte der Schritt zurückgelegt werden; nicht allzu reiche Blüthen schmülten den Strauß der positiven Erfolge, die wir erstritten haben. Das kostbare Gut einer Rechtsordnung, die dem Freiheitsbedürfnisse der Völker, ihrem geschichtlichen Bewußtsein, ihrer lebendigen Individualität entspricht, die das Einzelrecht nicht willkürlich vor dem höheren beugt und ihm zum Opfer bringt, die aber auch das allgemeine Recht hoch hält über die unberechtigte Sonderbestrebung und den unberechtigten Einzelwillen, wird nicht mühselos erworben, es will verdient werden in Kampf und Arbeit. Nur zur Hälfte hat sich diese Arbeit vollzogen.“

Auf's Neue tritt die Forderung an die Völker Oesterreichs heran, in freier schöpferischer Thätigkeit zusammenzuwirken zur Erreichung eines Zieles, das uns oft nahe, selten näher gerückt war, als in diesem Augenblicke. Die allgemeine Übung der verfassungsmäßigen Institutionen, deren Grundzüge vor fünf Jahren festgestellt wurden, der Eintritt Aller in das große staatliche Leben des Reiches und die Theilnahme daran, das sind die Aufgaben, zu deren Lösung alle Völker und Länder, alle politischen Volksgruppen berufen sind. Möge diese Lösung mit frischem kräftigem Sinn, frei von politischer Leidenschaft, frei von engbergiger Individualisirung, mit warmem Herzen für das Einzelne wie für das Ganze herbeigeführt werden. Mögen alle Parteien einig sein in dem Gedanken, daß nur eine solche Lösung, eine Lösung, die hervorgegangen ist aus der freien Berathung Aller, dauernd das Wohl des Vaterlandes begründen und wahrhaft in dem Rechtsbewußtsein der Einzelnen sich festigen kann, wie sie heute am „20. Oktober“ einig sein müssen in dem Danke gegen den Monarchen, dessen erhabenes Wort eben die Möglichkeit dieser Lösung hervorgerufen, die staatliche Zukunft festgestellt hat.“

Die „Konst. Vorstadt-Zeitung“ schließt sich diesen Hoffnungen an und wünscht, daß die allgemeine Übung der verfassungsmäßigen Institutionen recht bald zur vollständigsten Verwirklichung gelange.

Das „Vaterland“ schreibt: „Mit denselben freudigen, aber noch klareren Gefühlen, als den 20. Oktober 1860, begrüßen wir den heutigen Tag, nachdem wir vier Geburtstage des Allerhöchsten Manifestes und Diploms in stiller Trauer verbringen mußten, gedrückt von dem Gedanken, ob es denn wirklich möglich sei,

daß solch ein herrliches, echt fürstliches Werk seines eigentlichen Lebens für immer beraubt sein und immer mehr und mehr unter der Hülle nicht entsprechender Formen erstickt werden könne? Das Allerhöchste Manifest vom 20. September gab uns ein festes, kaiserliches Nein! darauf zur Antwort. Die Bahn ist von Neuem frei zur Verwirklichung jener Grundsätze, welche das Diplom verkündete, der Grundsätze voller Anerkennung alles wirklichen Rechtes und der freien Vereinbarung unter dem Schutze und der Leitung des Monarchen.“

Die „Konst. Destr. Ztg.“ sagt: „Wir begreifen die besondere Genugthuung, mit welcher einzelne Blätter und Parteien heute den Geburtstag des 20. Oktober begehen, und wir wollen hoffen, daß die Zeit nicht fern ist, wo dieser Tag nicht mehr bloß die eine oder die andere Partei, sondern wo er die gesammte Bevölkerung zur freudigen Feier anregt. Aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß noch viel zu geschehen hat, auf daß der gesunde Same der Freiheit nicht abermals krankhafte Zweige treibe, sondern zum mächtigen Baume erwachse, der mit seinem Schatten das ganze weite Reich umfängt.“

Das Blatt erwartet dieses Resultat von der treuen und vollen Hingebung der Völker, von der Einsicht der Nothwendigkeit der Selbstbeschränkung und der Anerkennung des gleichen Rechtes Aller. Jedes Volk werde bereit sein müssen, in gewissenhafter Entfagung die Grenze zu achten, welche das Gebiet des Reichsganzen unüberschreitbar zeichnet. Wenn in diesem Geiste und mit diesen Entschlüssen die Feier des Jahrestages begangen werde, „dann, ja dann kann und wird er der „Markstein werden, der festen Gründung des in alter „Treue und in neuer Kraft geeinigten Oesterreich.“ Welches die Gesinnung der böhmischen Nation in Hinsicht auf die Frage der Reichseinheit sei und daß die Frage der „gemeinsamen“ Angelegenheiten wenigstens auf dieser Seite kein Hinderniß der Vereinbarung bilden dürfte, zeigt das neueste Auftreten des Organs der tschechischen Konservativen, „Narod“, gegen den Angriff, welchen Baron Schwob im „Politikai Hetilap“ gegen den tschechischen Föderalismus gerichtet hat.

Was die Situation in Ungarn betrifft, so sucht die „Debatte“ der Taktik entgegenzuarbeiten, welche das Publikum diesseits der Leitha durch die Darstellung zu beunruhigen suche, daß in Ungarn die Beshlußpartei obenauf sei, daß die Dealisten sich offenbar in der Minorität befinden und daß diese bereits Miene machen, die Programmideen zu verläugnen, welche seinerzeit in den bekannten Artikeln der „Debatte“ skizzirt wurden. Diese Befürchtungen widerlegt am besten Deak's Brief an die Wähler von Großwardein. Und das Organ der Beshlußpartei selbst, der „Hon“, erklärt in hervortretender Schrift, daß die Häupter seiner Partei sich wohl über ihre Haltung in der Komitatsfrage verständigt, daß sie es aber unthunlich gefunden, staatsrechtliche Fragen in Abwesenheit Deak's zu berühren.

Durch diese offene Erklärung hofft „Hon“ weiters, die Besorgniß beschwichtigen zu haben, als ginge seine Partei „dem Landtage mit fertigen Plänen entgegen, welche geeignet wären, die Gemüther zu beunruhigen.“

Das Organ der Beshlußpartei selbst muß bekennen, daß der Gedanke, die Beshlußpartei hege Pläne, welche mit jenen Deak's nicht übereinstimmen, die Gemüther im Laube beunruhige. „Hon“ findet es nothwendig, diesem Gedanken entgegenzutreten, und dennoch sollte Deak bereits in Gefahr stehen, von der Beshlußpartei „überflügelt“ zu werden!

Vergessen wir übrigens nicht den Ausspruch Deak's: „Den Bedürfnissen der Machtstellung des Reiches muß jede andere Rücksicht untergeordnet werden.“ Mehr kann und darf Niemand von Ungarn verlangen, und daß Ungarn dieses Wort einlösen wird, dafür bürgt der Name: „Deak!“ Und das Programm des Wahlkandidaten in Güns, Anton Baron Vabarczy, erkennt ausdrücklich „jene Prinzipien als allein zum Ziele führend an, welche die erleuchtete Weisheit Franz Deak's „vorgezeichnet hat.“

Oesterreich.

Wien, 20. Oktober. (Orig.-Korr.) Der Brief, mit dem Graf Eugen Kinsky seinen Austritt aus der Staatsschulden-Kontrollkommission gestern anzeigte, ist von der hiesigen Presse ohne allen Kommentar wiedergegeben worden, und geht daraus hervor, daß man mit dem Schritte des Grafen nicht einverstanden ist, um so weniger, nachdem man in der eingehendsten Weise mit

der Frage, ob die Kontrollkommission ihre Wirksamkeit selbst stifiren solle und dürfe, sich beschäftigte und ernstlich bemüht war, die Rechte und die Pflichten der Kommission gegenüber ihren Kommittenten klar und deutlich auseinander zu setzen. Uebrigens dürfte, wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, dieser Fall ganz vereinzelt bleiben, nachdem sich die anderen Mitglieder der Kommission bereits willig erklärten, ihre Wirksamkeit weiter fortzusetzen und ihnen in dem kaiserlichen Handschreiben, welches die Kommission zu ihren zwei letztabgehaltenen Sitzungen bestimmte, eröffnet worden ist, daß sie auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1862 und besonderer kaiserlicher Ermächtigung weiter zu fungiren haben. Der kaiserliche Spruch dürfte nun demnächst erfolgen und werden dadurch auch jene Bedenken, die gegen die fernere Wirksamkeit der Kommission in ihrem eigenen Schoße erhoben wurden, beseitigt werden. Bei dieser Lösung der Kontrollfrage wird aber die Kommission in die Lage gesetzt, aus ihrer Passivität gegenüber dem neuen Ansehen hervorzutreten und dieses um so eher kontrastiren zu können, nachdem die Regierung zu dessen Abschließung von dem Reichsrathe stillschweigend ermächtigt wurde.

Ueberraschend und sogar, wir gestehen es, befremdend wirkten auf uns im ersten Momente die großmächtlichen Noten an den Frankfurter Senat in Betreff der Agitationen des Abgeordnetentages und beziehungsweise des von ihm eingesetzten Zentralausschusses. Nach reiferer Ermägung mußten wir diesen Schritt der beiden Großmächte nur billigen, wenn nicht selbst die Bundesstruppen der Agitation preisgegeben, das Ansehen der Mächte gefährdet und überhaupt die Frankfurter Agitationen, die in jüngster Zeit, um nur an die letzten Beschlüsse des Abgeordnetentages in Betreff der Gasteiner Konvention zu erinnern, große Dimensionen angenommen haben, nicht zu staatsgefährlichen Ausschreitungen führen sollen. Im Uebrigen ist der Abgeordnetentag und namentlich der von ihm bestellte Sechsunddreißiger Ausschuß vom Standpunkte des Bundesrechtes auch gar nicht kompetent, sich als die Vertretung Gesamtdeutschlands zu geriren und in seinem Namen das Wort zu führen. Dies alles rechtfertigt den Schritt der Großmächte, der an sich auch kein außergewöhnlicher ist, da ja Remonstrationen bei befreundeten Staaten gegen die Duldung feindseliger Agitationen gar nicht selten sind.

Wien, 20. Oktober. (G.-C.) Die aus Frankfurt jüngst eingelangte Nachricht, daß Oesterreich und Preußen an den Frankfurter Senat die Aufforderung gestellt haben, den politischen Agitationen, welche in dieser Stadt ihren Herd aufgeschlagen haben, ein Ende zu machen, wird auch uns mit dem Bemerkten als vollkommen richtig bestätigt, daß dieser Schritt durch den vor Kurzem dort zusammengetretenen Abgeordnetentag veranlaßt worden ist.

So sehr nun jene Nachricht geeignet erscheint, auf den ersten Blick und ohne genauere Kenntniß der Sachlage einen befremdenden Eindruck hervorzubringen, so wird doch das Vorgehen der beiden Großmächte für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung am Sitze des deutschen Bundestages — hervorgerufen zunächst durch die jeder rechtlichen Grundlage und Vollmacht entbehrende politische Thätigkeit des sogenannten deutschen Abgeordnetentages — bei ruhiger und objektiver Würdigung der wirklichen Sachlage von jedem Freunde der Ordnung und Geseßlichkeit gebilligt werden müssen.

Den deutschen Großmächten, so wie allen deutschen Regierungen steht nicht nur das unzweifelhase Recht zu, sondern liegt geradezu die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß innerhalb des deutschen Staatenbundes von keinem dazu nicht berufenen Organe eine allgemeine politische Wirksamkeit gleichsam in Vertretung Deutschlands ausgeübt werde.

Nicht allein Recht, sondern Pflicht der deutschen Regierungen ist es, in Wahrung ihrer Souveränität und der Rechte ihrer Landesvertretungen selbst, es nicht zu dulden, daß einzelne Abgeordnete, deren Befugnisse sich auf jenen Staat beschränken, für welchen sie gewählt sind, ihr Mandat eigenmächtig ausdehnen und außerhalb ihres Landes in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete eine politische Thätigkeit äußern, daß einzelne Abgeordnete verschiedener deutscher Länder willkürlich zusammen-treten, politische Beschlüsse fassen, Aufforderungen an die einzelnen Landesvertretungen richten, überhaupt sich ein Mandat für die Gesamtheit des Bundesgebietes anmaßen, welches ihnen Niemand verliehen hat.

Am wenigstens darf aber von den Regierungen Deutschlands gebuldet werden, daß der sich selbst sou-

stimmende sogenannte deutsche Abgeordnetentag sich die Berechtigung beilege, eine stabile politische Institution zu gründen, wie dies durch die Bildung des Sechs- unddreißiger-Ausschusses thatsächlich versucht wurde, und es ist wohl anzunehmen, daß insbesondere die österreichischen Abgeordneten, das Ungeklärte dieses Strebens fühlend, sich deshalb sowohl von der Versammlung selbst, als von der Theilnahme an der Thätigkeit des Ausschusses fern gehalten haben.

Waren es nun die deutschen Großmächte Deutschland schuldig, dem Treiben des Abgeordnetentages und seines Organes in Frankfurt entgegenzutreten, so mußten Oesterreich und Preußen sich selbst und ihren Völkern gegenüber zu diesem Schritte sich um so mehr aufgefordert fühlen, als der Frankfurter Abgeordnetentag sich eben in jüngster Zeit zu ehrenrührigen und strafbaren Aeußerungen gerade jenen beiden Souveränen gegenüber hinreißen ließ, deren Truppen die Garnison der Bundeshauptstadt bilden.

Von diesem Gesichtspunkte geleitet, hat sich nun Oesterreich darauf beschränkt, Angesichts der bekannten Thätigkeit des Abgeordnetentages, gleichzeitig und im Einvernehmen mit Preußen eine ernste Mahnung an den Senat der freien Stadt Frankfurt zu richten, diesen politischen Umtrieben in seinem Bereiche ein Ende zu machen, und hat gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß die Autorität des Senates hierzu genügen werde.

Es hat dieser Vorgang, ganz abgesehen von seiner inneren Nothwendigkeit, an sich und in seiner Form durchaus nichts Ungewöhnliches, und derlei Reklamationen sind bekanntlich gar oft vorgekommen und unvermeidlich gewesen zwischen vollkommen unabhängigen Staaten, aus Anlaß von Vorfällen in dem einen Staate, die auf die Ordnung und Ruhe in dem andern nachtheilig zurückwirken könnten. Die Beschwerdeführung, um die es sich handelt, war daher um so begründeter, als sie an eine Regierung gerichtet ist, welche zu Oesterreich durch das bestehende Bundesverhältniß in so nahen Beziehungen steht.

Der Schritt der beiden deutschen Großmächte wird bei unbefangener und sachgemäßer Erwägung wohl kaum jemand ändern als den deutschen Abgeordnetentag selbst befremden, dessen unbefugte Wirksamkeit zu beseitigen er eben bestimmt ist.

Wir haben am Schlusse nur noch zu bemerken, daß von einer Beschwerdeführung der Stadt Frankfurt am Bunde gegen die an den Senat gerichtete Remonstration (von welcher ein Wiener Morgenblatt schon gestern Kenntniß haben wollte) in hiesigen kompetenten Kreisen nichts bekannt ist.

An den Großmächten wird es übrigens gegebenen Falles sein, ihre Reklamation an geeigneter Stelle weiter auszugetragen.

GC. Der Wiener Korrespondent der „Weser Zeitung“ unterhält die Leser dieses Blattes in einer der jüngsten Nummern desselben mit dem angeblichen großen Aufsehen, welches die in der Nacht vom 13. Oktober vorgenommene Verhaftung eines Beamten der hiesigen Staatsanwaltschaft in den juridischen Kreisen Wiens veranlaßt haben soll. — Diese Notiz hat auch in einem hiesigen Blatte Aufnahme und Verbreitung gefunden. Dies veranlaßt uns, die ganze Geschichte für eine lägenhafte Erfindung zu bezeichnen.

Pest. Eine Zuschrift Deaks an den „Pesti Naplo“ lautet:

Im „Naplo“ vom 17. Oktober wird ein Brief von Großwardein mitgetheilt, welcher von Mehreren gefertigt ist. In diesem wird die Ansicht Anderer mit der meinigen derart verknüpft, als wäre es Pflicht, die Deputirten von 1861, wenn keine physische oder moralische Unmöglichkeit obwaltet, wieder zu wählen, und zwar darum, weil, nachdem die Regierung im Jahre 1861 den Landtag auflöste und mit der neueren Einberufung auf die Nation appellirte, nun die letztere durch abermalige Wahl den 1861er Abgeordneten beweisen müsse, daß sie an ihre im besagten Jahre kundgegebenen Grundsätze festhalte.

Ich will weder mittelbar noch unmittelbar auf die Wahlen Einfluß nehmen und würde auch auf den Großwardeiner Brief nicht geantwortet haben, ich wurde jedoch von vielen Seiten aufgefordert, zu erklären, ob ich den besagten Grundsatz zum Beschluß zu erheben half. Einzelne und ganze Gemeinden haben mich gefragt, ob man den Abgeordneten vom Jahre 1861 absolut wählen müsse und ob diesfalls ein Gesetz bestehe? Auf solche Anfragen kann ich nun nicht mehr schweigen und ich werde meine Ansicht mit einigen Zeilen über den Großwardeiner Brief aussprechen.

In einem konstitutionellen Lande, wo über eine wichtige Frage zwischen der Mehrheit der Abgeordneten und dem Monarchen keine Einigkeit erzielt werden kann, und dieser den Landtag auflöst, neue Wahlen anordnet und den Landtag neuerdings einberuft, ist der Sinn dieser Verfügung kein anderer, als daß der Monarch im Gegensatz der Meinung der Abgeordneten an die Nation appellirt, weil die Abgeordneten nach eigener Ueberzeugung handeln, obwohl sie die Nation wählte, also bei wichtigen Fragen es sich ereignen kann, daß die Ansicht der Abgeordneten nicht die der Nation ist. Die neue Wahl gibt der Nation daher Gelegenheit, sich zu äußern, ob sie die Ansicht der Abgeordneten theilt oder verwirft. Theilt sie deren Ansicht, so wählt sie

dieselben neuerdings, oder sie wählt Andere mit gleichen Ansichten. Mißbilligt sie dieselben, so wählt sie Andere mit entgegengesetzten Grundsätzen.

Die Billigung liegt daher nicht in der Person, sondern in der Gleichheit der Grundsätze, und die Nation gibt ihr Einverständnis mit den Grundsätzen des gewesenen Abgeordneten ebenso kund, auch wenn sie Andere von gleichen Grundsätzen wählt, als wenn sie unmittelbar Alle vom Jahre 1861 wählen würde.

Das Interesse des Vaterlandes fordert, daß die Wahl überall sich auf wahres Vertrauen gründe. Die Hauptbedingung des Vertrauens ist, daß die Grundsätze des Gewählten mit denen der Mehrheit der Wähler in Einklang stehen. Wo aber diese Eigenschaft bei mehreren Kandidaten vorhanden ist, dort sind noch andere Motive zu berücksichtigen, als der Umstand, daß der eine der Kandidaten schon früher durch den Bezirk gewählt war.

In diesem Falle werden die Wähler besser und zweckmäßiger ihr Wahlrecht ausüben, wenn sie unter den Bewerbern den tauglicheren in Betracht ziehen.

Aus diesen meinen objektiven Ansichten kann Jedermann ersehen, daß ich die Ansicht des Großwardeiner Briefes nicht aufgestellt oder zur Richtschnur aufzustellen gewünscht habe. Mir ist aber auch ein solcher Beschluß nicht bekannt. Es ist möglich, daß mehrere Vaterlandsfreunde einig sind, die Abgeordneten des Jahres 1861 zu wählen und auf diese Wahl dringen. Dieses steht in Jedermanns Willkür und kann nur für Solche als Grundsatz gelten, die damit einverstanden sind, denn Jedermann kann sein eigenes Wahlrecht nach Gutdünken ausüben, jedoch ohne das eines Andern zu gefährden.

Ich glaube auch nicht, daß selbst jene, welche obigen Beschluß gefaßt haben, diesen als etwas anders denn als ihre individuelle Ansicht betrachten. Weiter zu gehen in dieser Sache wäre Zwang und Beschränkung der Wahlfreiheit.

Was den meine Person anlangenden Theil des Großwardeiner Briefes betrifft, so danke ich für die gute Meinung, welche die Schreiber desselben meiner Person gegenüber äußern; ich betrachte ihn als herzliche Anhänglichkeit, aber wenn ich mich freuen sollte, daß irgend Jemand seine Ueberzeugung, wenn vom Heile des Landes die Rede ist, meinen Ansichten unterordnet, so würde ich keine Achtung verdienen. Ich freue mich, wenn ich Jemanden mit Gründen zu meinen Ansichten überzeugen kann, jedes andere Motiv ist aber nicht am Platze, und mein größter Wunsch ist, daß bei Fragen des allgemeinen Wohles mit viel Objektivität und wenig Subjektivität vorgegangen werde.

Die Pietät ist eine schöne Sache und die Quelle von viel Schönem und Gutem, aber am Pfade der Politik sei Jedermann zufrieden, wenn ihn die Mitbürger schätzen, der größte Lohn seiner Mühe sei dieses Ziel. In Gemeinwesen kann nur eine Pietät herrschen, die des Vaterlandes.

Franz Deak.

Prag, 20. Oktober. (N. Fr. Pr.) Der Vize-Präsident der böhmischen Statthalterei, Graf Lazanitz, hat an den Bürgermeister Dr. Bielsky ein Schreiben gerichtet, in welchem er sagt: Ein Theil der Bevölkerung der Stadt halte die für heute Abends anberaumte Illumination, von welcher vielseitig lebhaft abgerathen worden sei, für inopportun; die Betheiligung an der Beleuchtung müsse Jedem völlig freigestellt bleiben, eine Pression müsse vermieden werden. Der Stadtrath werde aufgefordert, Ausschreitungen zu verhindern. Er (der Statthalterei-Vize-Präsident) habe die Verfügung erlassen, etwaigen Demonstrationen energisch entgegenzutreten.

Bei dem zur Feier des Oktober-Diploms von der Stadt-Repräsentanz veranstalteten und soeben stattfindenden Gottesdienste in der Teynkirche ist die Betheiligung nur eine sehr mäßige. Weihbischof Krejci zelebrirte das Hochamt. Die Regierungsbehörden sind unvertreten.

Prag, 20. Oktober (10 Uhr Abends). Die Stadt ist illuminirt, die Straßen sind sehr belebt, bisher ist keine Störung bekannt geworden. Die Zahl der unbeleuchteten Fenster dürfte auf ein Drittel anzuschlagen sein.

Pest, 20. Oktober. (N. Fr. Pr.) Ein Erlaß der ungarischen Hofkanzlei an sämtliche Gemeinden Ungarns sagt, daß laut Ausweis des Finanzministeriums die Steuerrückstände in Ungarn Ende Juni sich auf achtzehn Millionen belaufen haben. Bei der nöthigen Urigierung und Eintreibung derselben möge die möglichste Schonung beobachtet und Militär-Exekution nur äußerstenfalls angewendet werden.

Agram, 20. Oktober. (N. Fr. Pr.) Statthalterirath Jurkovic wurde ebenfalls auf telegraphischem Wege nach Wien berufen. Der Bedeutung des 20. Oktober gegenüber verhalten sich die heutigen Blätter reservirt. Domobran wurde konfiszirt.

Ausland.

Frankfurt, 20. Oktober. (Pr.) Die ständige Bürger-Repräsentation hat einstimmig ausgesprochen, der Senat werde jedem Angriff auf die Freiheitsrechte, jeder Selbstständigkeits-Bedrohung mit Würde und Energie entgegenzutreten.

Berlin, 17. Oktbr. (Wtbl.) Ich erlaube mir, Sie auf eine eigenthümliche, in Brüssel unter dem Titel: „La spoliation de Danemark“ erschienene Schrift von Charles

de Saint-Mexant aufmerksam zu machen, und zwar ihres wunderlichen Inhalts wegen. Der Verfasser wirft es Oesterreich vor, keine Allianz mit Frankreich, Italien und — Sachsen geschlossen zu haben, wodurch es hätte Schlesien erwerben können und in Folge dessen Preußen zu einer Macht gleich Baiern herabgesunken oder aus der Karte Europa's verschwunden wäre. Jedem seiner drei Allirten hätte Oesterreich nach dem Verfasser Zusicherungen machen müssen, die sich von selbst errathen lassen, z. B. Frankreich für die Garantie Schlesiens eine Garantie der preussischen Rheinprovinz, Sachsen für das Aufgebot seiner waffenfähigen Mannschaft zur Wiedereroberung Schlesiens seinen frühern Bestand vor 1814 u. s. w. Zugleich wirft der Verfasser aber auch England vor, nicht eine Flotte nach den preussischen und österreichischen Gewässern — zugleich mit einer französischen — geschickt zu haben, in welchem Falle die Ungarn, Wälschtiroler, österreichisch-galizischen Polen u. s. w. sich gegen Oesterreich erhoben haben würden u. s. w. Die Schrift ist wunderbar genug, um bei der jetzigen politischen Dürre einige Erheiterung zu erregen.

Berlin, 20. Oktober. Heute Vormittags stürzte ein vierstöckiges Seitengebäude in der Wasserthorstraße ein, in welchem sich vier Werkstätten mit 60 Arbeitern und mehreren Familien befanden. Bis jetzt wurden von der Feuerwehr 9 Unversehrte, 17 Verwundete und 13 Todte ausgegraben. 18 Personen liegen noch im Keller. Die Ausgrabung dauert vermuthlich bis morgen. Zu gleicher Zeit stürzte ein Haus vor dem Königsthor ein, wobei 3 Personen getödtet und 3 verwundet wurden.

Aus Dresden wird uns von unserem dortigen Korrespondenten ein Gerücht mitgetheilt, das wir zu reproduzieren keinen Anstand nehmen, obwohl der Herr Korrespondent selbst hinzufügt, daß er die Verantwortlichkeit für dasselbe nicht übernehmen wolle. Das Gerücht bringt nämlich den langen Aufenthalt des sächsischen Kronprinzen am österreichischen Hofe mit dessen künftiger Thronbesteigung in Verbindung, die in eine nicht allzu ferne Zukunft gerückt sei, da König Johann mit dem Gedanken umgehe, die Regentschaft auf denselben zu übertragen. Auch wir registriren das Gerücht selbstverständlich nur als solches, ohne die Bürgschaft für dessen Glaubwürdigkeit zu übernehmen. (Frdbl.)

Verden, 20. Oktober. Die Cholera ist hier keineswegs im Abnehmen. Bis gestern Abends sind 131 Erkrankungen, darunter 42 Todesfälle (bei 10.500 Einwohnern) vorgekommen. Die Gegenmaßregeln werden fortgesetzt. Die Nachricht vom Auftreten der Cholera in Chemnitz ist bisher unbegründet.

Eckernförde, 20. Oktober. Die „Eckernförder Zeitung“ schreibt: Aus Anlaß der jüngsten Ereignisse in Vorbye wurde eine gerichtliche Untersuchung gegen die betheiligten Stadtvertreter eingeleitet und es sind daselbst 2 Kompagnien vom 43. preussischen Regiment eingerückt und wurden bei den Bürgern einquartiert.

Flensburg, 20. Oktober. Der „Nordb. Btg.“ wird aus Eckernförde gemeldet: Wegen des Empfanges des Herzogs von Angustenburg in Eckernförde und Vorbye haben polizeiliche Abhörungen verschiedener dabeil betheiligter Personen, namentlich mehrerer Mitglieder des Eckernförder Deputirtenkollegiums stattgefunden. Bürgermeister Spethmann wurde in dieser Angelegenheit nach Schleswig berufen. Der Empfang des Herzogs war übrigens durch einen Herrn der Umgebung desselben vorbereitet worden.

Wie die „Gazette du Midi“ sich aus Rom schreiben läßt, wird General Montebello am 20. d. M. in Rom erwartet, worauf unverzüglich die Räumung beginnen wird. Die erste Brigade dürfte dann binnen 20 Tagen nach Frankreich zurückkehren. Fünf Kompagnien päpstlicher Truppen sind bereits nach der Provinz Marittima e Campagna abgegangen. Andere werden bald folgen. Die Bildung der päpstlichen Armee schreitet rasch vorwärts. Die Werbungen hatten in der Provinz Belletri begonnen, wo die Einwohner keine Lust zum Waffenhandwerk haben, daher die Zahl der Rekruten dort eine unbedeutende war. Dagegen sind die Anwerbungen in der Delegation Frosinone zahlreicher.

Paris, 20. Oktober. Der heutige „Moniteur“ berichtet: England stimme dem Antrage Frankreichs bei, in Konstantinopel eine Konferenz zu versammeln, welche die Mittel gegen den Ausbruch und die Verbreitung der Cholera zu suchen hätte.

— 20. Oktober. (Pr.) Mac Mahon hat sich am 18. d. in Algier nach Paris eingeschifft. — Frankreich will in Egypten 250 Fellahs für Mexiko anwerben als Arbeiter zur Vertiefung des Hafens von Vera-Cruz. Diese sind weniger empfänglich für den Bomito. — In Lille besteht ein Werbebureau für Mexiko. Es nimmt belgische Unteroffiziere an. — Der Bischof von Laval hat die päpstliche Allokution dem Alerus als Zirkular zugesendet, und einen scharfen Kommentar beigefügt. — Die Cholera ist im Abnehmen. Vorgefunden starben 214 Personen.

London, 19. Oktober. Die Königin hat dem Grafen Russell die Premierschaft angeboten; es ist jedoch noch ungewiß, ob er dieselbe annimmt.

Warschau, 14. Oktober. Die Nachricht, daß der Kriegszustand mit Ablauf des Jahres aufhören soll, ist, wie man von kompetenter Seite berichtet, ganz un-

richtig. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung es absichtlich vermeidet, eine förmliche Aufhebung des Kriegszustandes zu proklamieren.

(Kontantepost.) Die Pazifizierung des Kozan Daghs und Ghaur Daghs im Taurus ist vollendet und die großherrlichen Kommissäre wurden nach der Hauptstadt zurückberufen.

Tagesneuigkeiten.

Zu Omer Pascha's Anwesenheit in Wien meldet eine Lokalcorrespondenz: Versöhnung mit seinen hier wohnenden Verwandten war ebenfalls ein Hebel, welcher den greisen Feldherrn bestimmte, nach Wien zu kommen.

Dr. Lipsius, bisher Professor der protestantischen Theologie, hat Wien verlassen. Als Grund seines Scheidens wird von auswärtigen Blättern Unmuth über die Stellung der evangelischen Fakultät bezeichnet.

Das neueste Bulletin der Sanitäts-Kommission in Triest meldet: Bis vergangener Mitternacht wurden im Ganzen 5 neue Cholerafälle konstatiert.

Lokalbericht und Korrespondenzen.

Wir berichteten nach dem „Marburger Korresp.“ von einer Zusammenkunft der Kirchenfürsten von Klagenfurt und Marburg in Willach, welche sodann über die Wurzeln nach Belledes reisten.

Gestern fand in der hiesigen Citavnica eine Befeda statt. Der Präsident Dr. Weiwies eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, in welcher er die Bedeutung des Oktober-Diploms für die Slaven und die Beziehung hervorhob, daß die Citavnica in diesem Monat ihre Gründung feiert.

Heute findet eine Reprise der Tragödie Heinrich Penns, „Der Untergang Metullums“ statt.

nerstag und Sonntag Mathias im „Sonnenhof“ und Franz Moor in den „Käubern“ sein. Auch wird Herr Penn bei seinem Benefize den Monolog Stauffachers im Tell (Slovenisch) nach der trefflichen Uebersetzung Cegnars declamieren.

Die Arbeiten an der Sonneggger Straße, vor Wochen zum Zwecke der Erweiterung und Vertiefung der Abzugsgräben begonnen, werden rüstig fortgesetzt.

Herr Theodor Elze hat zu der im kommenden Frühjahr stattfindenden Einweihung der protestantischen Kirche in Klagenfurt, wie die „Klgt. Ztg.“ meldet, einen Festgesang komponirt.

(Theater.) Die abgelaufene Woche hat uns außer den bereits besprochenen mehreren Vorstellungen geboten, welche es verdienen, hier erwähnt zu werden. Die Operette „Flotte Burche“ hörten wir nun schon in der dritten Besetzungsweise.

Wenn wir schließlich die am Freitag gegebene Tragödie aus der krainischen Geschichte, „Der Untergang Metullums“, besprechen, so müssen wir gestehen, daß wir ungern an die Erschlüpfung unserer Rezensentenpflicht gehen, da wir über den Maßstab nicht im Klaren sind.

Was die Aufführung selbst anbelangt, so muß unverholen ausgesprochen werden, daß dieselbe sich nicht über die Mittelmäßigkeit erhob, nur Herr Partig als „Zaphdenfürst“ verstand es, seine mit Effektstellen reichlich ausgestattete Rolle zur Geltung zu bringen.

Die übrigen Darsteller betundeten das eifrigste Streben, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, nur Herr Wehr (Octavianus Caesar) war entschieden nicht am Platze und machte aus seinem Octavian, den er bis zur Karrikatur verunstaltete.

Im Ganzen verließ das Publikum, welches sich zahlreicher als gewöhnlich eingefunden hatte, ziemlich unbefriedigt das Haus, und wurde nur am Schlusse der Autor gerufen, nachdem ihm bereits beim ersten Austritte ein mit Väandern in den slavischen Farben geschmückter Kranz geworfen worden war.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 21. Oktober. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung die Antwort auf die Noten Oesterreichs und Preußens berathen und bis auf die Schlussredaktion und den formellen Abschluß, der in der heutigen außerordentlichen Sitzung stattfindet, festgestellt.

Frankfurt, 21. Oktober. Der „Neuen Frankf. Ztg.“ zufolge hätte der Senat heute einstimmig beschlossen, in identischen Noten an Oesterreich und Preußen das Unsinnen der beiden Großmächte abzulehnen.

Berlin, 21. Oktober (Vormittags.) Die Ausgrabungen der in der Wasserthorstraße Verschütteten wer-

den fortgesetzt. Durch die unermüdlche Anstrengung der Feuerwehr wurden bis jetzt nach zuverlässiger Mittheilung 17 Tode, 25 schwer, 8 leicht Verwundete und 12 Personen unverfehrt ausgegraben.

Dresden, 21. Oktober. Der König von Portugal ist gestern Abends hier eingetroffen und bei seinem Schwager, dem Prinzen Georg, abgestiegen.

Karlsruhe, 21. Oktober. Die „Karlsruher Ztg.“ zeigt in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des Baron Edelsheim zum Hausminister und Minister des Aeußern an.

London, 21. Oktober. Die Bildung des Kabinetts wird schwerlich vor Mitte nächster Woche beendet sein. — Earl Russell behält möglicher Weise provisorisch das Auswärtige neben der Premierschaft.

New-York, 7. Oktober. Aus guter Quelle verlautet, die Regierung wünsche ernstlich den Frieden mit Frankreich; man fürchtet jedoch, daß der Kongreß äußerste Maßnahmen verlangen werde, wenn weitere Truppen-

Das Postdampfschiff „Bavaria“, Kapitän Taube, am 4. d. M. von New-York abgegangen, ist am 17. d. in Cowes angekommen, hat daselbst die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet.

Öffentlicher Dank!

Der hochwohlgeborene Herr Landeshauptmann Anton Freiherr von Cobelli hat aus Anlaß der Ueberreichung des Ehrenbürger-Diploms für Gemeindezwecke die namhafte Summe von Einhundert und fünfzig Gulden ö. W. zu spenden die Güte gehabt, was mit dem geziemenden Danke hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Der Bürgermeister der Landeshauptstadt Laibach: Dr. G. S. Costa.

Geschäfts-Zeitung.

Laibach, 21. Oktober. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide, 19 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 158 Ztr. 24 Pfd., Stroh 139 Ztr. 51 Pfd.), 27 Wagen und 12 Schiffe (60 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another Unit. Rows include Weizen pr. Mchren, Korn, Gerste, Hafer, Halbrucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erbapfel, Linsen, Erbsen, Kirschen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schafschfleisch, Hühnel pr. Stück, Tauben, Heu pr. Zentner, Stroh, Holz, hart, pr. Klst., weiches, Wein, rother, pr. Eimer, weisser.

Theater.

Heute Montag den 23. Oktober:

Zum zweiten Male:

Der Untergang Metullums.

Tragödie in 4 Aufzügen aus der krainischen Geschichte von Heinrich Penn.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometer, Wind, Temperature, Humidity, and other weather data. Rows for 21.10.18 and 22.10.18.

Lottoziehung vom 21. Oktober.
Trieft: 33 52 68 54 75

Fremden-Anzeige

vom 20. Oktober.

Stadt Wien.

Die Herren: Krüll, Geschäftsmann, aus Tirol. — Kargl, von Rabresina. — Nowotny, Steinmetzmeister, von Blanz. — Prodny, Papierfabrikant, von Ratschach.

Elephant.

Die Herren: Bergstein, Kaufmann, von Wien. — Justin, Handelsmann, von Fiume. — Weiser und Löwinger, Handelsleute, von Ratischa.

Die Frauen: Weinkreitl, von Wien. — Nanno, Hausbesitzerin, von Hermagor.

Wilder Mann.

Herr Kroenert, Ingenieur, von Luzern.

Baierischer Hof.

Die Herren: Schmidt, k. k. Oberwundarzt, aus Italien. — Stubic, von Vicenza.

Die Frauen: Prodny, Handelsmannsgattin, von St. Marcen. — Stubic, von Töplitz.

Wohren.

Herr Barbo, Kadet, von Steindbrück.

Warnung.

Es wird hiemit Jedermann gewarnt, keinem Geld oder Geldeswerth weder auf meinen eigenen Namen, noch auf Namen meiner Töchter und des Sohnes, Hörer der Theologie, zu leihen, weil ich für derselben Schulden unter keiner Bedingung Zahler bin.

Josef Huber,

(2165—2) k. k. Rechnungs-Rath.

(2149—3)

Nr. 17538.

Freiwillige Veräußerung.

Vom gefertigten k. k. städt. deleg. Bezirksgerichte wird hiemit kund gemacht, es sei über Ansuchen der Frau Adele Räck die freiwillige stückweise Veräußerung ihrer in Cernuc gelegenen Realitäten bewilligt und es sei zu deren Vornahme der Tag uaf den

26. Oktober 1865.

Vormittags 9 Uhr, und nöthigenfalls der folgende Tag, im Orte der Realitäten angeordnet worden; die Lizitationsbedingungen können hiergerichts eingesehen werden.

k. k. städt. deleg. Bezirksgericht Latsbach, am 17. Oktober 1865.

(2134—2)

Nr. 5131.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksamt Planina als Gericht wird im Nachhange zu dem Edikte vom 30. März 1865, Z. 1522, in der Exekutionssache der Anna Swet von Rassel gegen Mathias Widrich von dort plo. 162 fl. 52 kr. c. s. c. bekannt gemacht, daß es bei der auf den

3. November l. J.

anberaumten dritten Realfelbietungstagung zu verbleiben hat.

k. k. Bezirksamt Planina als Gericht, am 3. Oktober 1865.

Ein Klavier

ist im Hause Nr. 273 in der Spitalgasse, im ersten Stock, zu verkaufen oder auszuleihen. (2176)

Danksagung.

Für die reelle und prompte Auszahlung des ganzen Versicherungs-Betrages für ein bei der Viehverversicherungs-Bank „Apis“ versichert gehaltenes und am 5. d.

M. während eines Ungewitters gestürztes und verendetes Pferd, von Seite des Herrn Eduard Pour, Hauptrepräsentant obiger Versicherungsbank „Apis“, spreche ich meinen innigsten Dank aus.

Auch fühle ich mich verpflichtet, jedem Viehbesitzer die große Nützlichkeit dieser Viehverversicherungs-Anstalt auf das Wärmste anzupfehlen.

Ußing, am 15. Oktober 1865.

(2160—2) **Johann Jamer** m. p. Grundbesitzer.

(2167—1)

Zweite exekutive Feilbietung.

Mit Bezug auf das diesgerichtliche Edikt vom 12. September l. J., Z. 2055, wird bekannt gemacht, daß, nachdem bei der ersten Feilbietung nicht das gesammte in Exekution gezogene Mobilare des Gutsbesizers Albrecht Gehrembeck veräußert worden ist, am 31. Oktober 1865

zur zweiten geschritten werden wird, dabei über 400 Eimer Weines aus den Jahrgängen 1863 und 1864 ausgebaut werden.

k. k. Bezirksamt Lichtenwald, als Gericht, am 19. Oktober 1865.

Gute und besonders billige Mittagkost

u. zw. Suppe Rindfleisch sammt Gemüse und Sonntags Braten monatlich . . . 6 fl. mit täglich Braten oder Mehlspeis monatlich 10 fl.

ist sowohl im Hause als über die Gasse zu haben im Gasthause „zur goldenen Schwalbe“. (2150—2)

(2151—2)

k. k. priv. allgemeine österreichische

BODEN-CREDIT-ANSTALT.

Der am 1. November d. J. fällig werdende Coupon der 5prozentigen 50jährigen Silberpfundbriefe der k. k. priv. allgemeinen österreichischen Boden-Credit-Anstalt in Wien wird in **effectivem Silber österreichischer Währung oder in Banknoten ö. W. zum Tageskurse des Silbers**

bei der Haupt-Cassa der Anstalt in Wien,

„ „ Filiale der k. k. priv. österr. Credit-Anstalt für Handel- u. Gewerbe in Triest;

ferner in **süddeutscher Währung im Verhältnisse öst. W. fl. 6 = fl. 7 südd. Währung**

bei Herren Gebrüder Bethmann in Frankfurt a. M.,

„ der Coburg-Gotha'schen Credit-Gesellschaft in Coburg,

„ Herren Chr. v. Fröhlich u. Söhne in Augsburg,

„ „ Rob. v. Fröhlich u. Comp. in München,

„ „ Lödel u. Merkel in Nürnberg,

„ „ G. Müller u. Comp. in Carlsruhe,

„ der königl. Württemberg'schen Hofbank in Stuttgart;

weilers in **Thaler preussisch Courant im Verhältnisse 2 Thaler preussisch Courant = 3 fl. Silber ö. W.**

bei der Agentur der niedersächsischen Bank in Bremen,

„ Herren L. Behrens u. Söhne in Hamburg,

„ der General-Agentur Delbrück, Leo u. Comp. in Berlin,

„ Herrn Julius Elkon in Weimar,

„ „ G. E. Heydemann in Bantzen,

„ „ Michael Kaskel in Dresden,

„ Herren Heint. Küstner u. Comp. in Leipzig,

„ „ Ignaz Leipziger u. Comp. in Breslau,

„ Herrn Adolph Meyer in Hannover,

„ „ R. S. Nathalion Nachfolger in Braunschweig,

„ Herren Gebrüder Pfeiffer in Kassel,

im vollen Nennwerthe ohne allen Abzug eingelöst.

Die k. k. priv. allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt.